Brauchen wir eine neue Aufklärung?¹

Problemstellung: Von der Moderne und Postmoderne zur Neomoderne

Über die für das 21. Jahrhundert erforderliche Bildung wird umfangreich und kontrovers diskutiert. Die Leibniz-Sozietät hat sich, in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, mit einer prinzipiellen Stellungnahme 2001 zum Forum Bildung mit der Forderung nach einer Bildungsreform an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert zu Wort gemeldet, die sich der großen Bildungstradition in Deutschland bewusst bleiben und zugleich als Faktor einer neuen Aufklärung in die bevorstehende Zukunft weisen soll. Es ist das Verdienst des Arbeitskreises Bildung unter der Leitung von Dieter Kirchhöfer und Gerhart Neuner, der Pädagogen und aller an Bildungsfragen interessierten Mitglieder der Sozietät, dass die Problemsituation auf diesem Gebiet in Vorträgen, Kolloquien und Publikationen immer wieder neu analysiert wird. So hat sich unsere Wissenschaftsakademie zum Jahr des Kindes, zur Kindheit in der DDR, zur Reformpädagogik, zur Allgemeinbildung und zu Problemen der vorschulischen Bildung geäußert. Auf diesem Kolloquium wird die prinzipielle Frage nach der Bildung heute, ihren Gefährdungen und Möglichkeiten erörtert werden. Das ist ein anspruchsvolles Thema, dem mit einem interessanten Vortragsprogramm entsprochen wird. Das Präsidium der Leibniz-Sozietät dankt dem Arbeitskreis, vor allem unserem Mitglied Bodo Friedrich, seinen Mitstreitern und Helfern, für die ansprechende inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, den Referenten für die Bereitschaft, zum Thema beizutragen und allen Teilnehmern für ihr Interesse. Wünschen wir uns eine interessante Beratung.

In der genannten Stellungnahme wird die gegenwärtige Problemsituation charakterisiert. Neue Dimensionen der Beherrschung der Natur, eine größere Abhängigkeit der Menschen von ihr und die sich herausbildende Wissensge-

¹ Einführung zum Kolloquium der Leibniz-Sozietät "Bildung heute – Gefährdung und Möglichkeiten" am 25 2 04 in Berlin

sellschaft verlangen solides Wissen, selbständiges Denken und verantwortliches Handeln, um diese Entwicklungen beherrschen zu lernen. Bildung darf sich nicht an kurzlebigen Interessen und Schwankungen des Marktgeschehens orientieren. Es heißt weiter: "Nach wie vor besteht eine Kluft zwischen der naturwissenschaftlich-technischen und der geisteswissenschaftlich-ästhetischen Kultur. Ignoranz gegenüber Wissenschaft und Technik oder gar Wissenschaftsfeindlichkeit erschweren unvermeidliche Transformationsprozesse. Fehlendes oder tendenziös interpretiertes Wissen ist eine der Ursachen für Manipulierbarkeit, irrationale Ängste sowie Massenpsychosen. Es wächst der Einfluss von Bewegungen, die auf Aberglauben, auf Empfänglichkeit für Esoterik, für Transzendentales, für Okkultismus, für Astrologie und Wunderheilverfahren setzen. Hier gegenzuwirken ist nicht allein Sache der Schule, aber diese trägt für derartige Fehlentwicklungen ein gehöriges Maß an Mitverantwortung. Die überfällige Synthese von Humanismus und Realismus bleibt hierzulande eine weithin ungelöste Aufgabe" (Stellungnahme der Leibniz-Sozietät).

An dieser Situationsanalyse hat sich m.E. nicht viel geändert. Doch das Protestpotenzial ist gewachsen. Streiks und Demonstrationen von Schülern, Lehrern und Studenten haben das Problembewusstsein der Öffentlichkeit geschärft, ohne sich wesentlich auf die politischen Entscheidungsgremien auszuwirken. Die in der genannten Stellungnahme genannte Aufgabe, Bildung als unverzichtbares Moment einer neuen Aufklärung zu begreifen, erfordert weitere Überlegungen, die ich herausfordern möchte. Meine Hauptthese ist: Wir befinden uns in einem geistig-kulturellen Umbruch, der zur Neomoderne führt. Wenn wir berücksichtigen, dass die Moderne durch den christlichen Universalismus und die Postmoderne durch die Dekonstruktion der Moderne, durch die Kritik universaler Utopien gekennzeichnet ist, dann hat die Neomoderne die Einheit von Wissenschaft und Humanität, von Zivilisation und Kultur zu bedenken und so die positiven Ansätze der Moderne und Postmoderne aufzugreifen, ohne ihre zu kritisierenden Momente zu vernachlässigen.

Was bedeutet das für die Bildung? Zuerst ist zu klären, welcher Bildungsbegriff von mir benutzt wird. Ich schließe mich Hartmut von Hentig mit seiner Bestimmung an, die in der Tradition vieler Bildungstheoretiker begründet ist: "Bildung ist ein individueller, sich an und in der Person, am Ende durch sie vollziehender Vorgang. 'Ich bilde mich', lautet die richtige Beschreibung. Eine Form, die mir ein anderer aufprägt, macht mich nicht zum Gebildeten, sondern zu einem Gebilde. Und die Ertüchtigung für eine gesellschaftliche Tätigkeit ist etwas ganz anderes und heißt Ausbildung" (2003a, 13). Ausbil-

dung ist das, was gegenwärtig bezahlt wird. Die Kosten für Bildung werden reduziert. Die klassische Aufklärung setzte auf Wissensvermittlung. Die Postmoderne zeigte die Vielfalt der Kulturen und damit der kulturell geprägten Bildungen. Beides ist zwar Bestandteil einer neuen Aufklärung in der Neomoderne und reicht doch nicht aus. Das möchte ich mit meinen Überlegungen zeigen. Ich stelle mich der Frage, ob wir diese neue Aufklärung brauchen. Das setzt voraus, die Ziele der klassischen Aufklärung mit ihren Intentionen und Grenzen kurz zu bestimmen, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine neue Aufklärung zu charakterisieren, die Herausforderungen an die Bildung im 21. Jahrhundert mit den bestehenden Gefährdungen zu betrachten und die Möglichkeiten einer neuen Aufklärung zu umreißen.

Bildung und Aufklärung

Bei der Beantwortung der Frage, was aufklären heißt, betonte Moses Mendelssohn 1784. "Je mehr der gesellige Zustand eines Volkes durch Kunst und Fleiß mit der Bestimmung des Menschen in Harmonie gebracht worden; desto mehr Bildung hat dieses Volk" (1994, 129). Bildung zerfalle dabei in Kultur und Aufklärung. Kultur gehe auf das Praktische, auf Fertigkeit, Fleiß und Geschicklichkeit als Grundlage für Güte, Feinheit und Schönheit in Handwerken und Künsten, auf Neigungen, Triebe, Gewohnheiten in Geselligkeitssitten. Die Aufklärung beziehe sich auf das Theoretische, auf vernünftige Erkenntnis und die Fertigkeit zum vernünftigen Nachdenken über menschliches Leben und die Bestimmung des Menschen. Individuen brauchen unterschiedliche Aufklärung als Menschen und als Bürger, denn letztere modifiziere sich nach Stand und Beruf. Volksaufklärung habe die Masse der Erkenntnisse, deren Bedeutung für Mensch und Bürger, die Verbreitung durch alle Stände und Forderungen des Berufs zu bestimmen. Mendelssohn hebt hervor: "Menschenaufklärung kann mit Bürgeraufklärung in Streit kommen. Gewisse Wahrheiten, die dem Menschen, als Mensch, nützlich sind, können ihm als Bürger zuweilen schaden" (1994, 130).

Ohne die Ausführungen von Mendelssohn schon zu kennen, hatte Immanuel Kant 1784 als Wahlspruch der Aufklärung zugespitzt formuliert: Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Faulheit und Feigheit sah er als Ursachen, warum Menschen in der selbstverschuldeten Unmündigkeit blieben, aus der sie die Aufklärung befreien solle (1994, 55). Doch auch Kant unterscheidet zwischen dem Gelehrten, der frei räsonieren könne und dem Bürger, der seinen Posten oder sein Amt ausfülle und deshalb der Obrigkeit zu gehorchen habe. Seine Freiheit sei eingeschränkt. Die Frage, ob er in

einem aufgeklärten Zeitalter lebe, verneinte Kant, da es noch sehr daran fehle, dass Menschen sich in Religionsdingen des eigenen Verstandes ohne Leitung eines anderen sicher und gut bedienen könnten. So betonte er vor allem die Möglichkeiten im Zeitalter der Aufklärung, die das Feld öffnen und die Hindernisse allmählich weniger werden lassen.

Die klassische Aufklärung wollte Licht in das Dunkel der Unwissenheit bringen, mystische Vorstellungen über die Welt und die Menschen entzaubern, Illusionen über das wirkliche Geschehen aufheben und Religionsfreiheit durchsetzen. Das war auch für die Aufklärer nicht leicht. Im königlichen Rescript vom 1.10.1794 wird Kant von Friedrich Wilhelm II. großes Missfallen ausgedrückt, da er seine Philosophie zur Herabsetzung mancher Hauptund Grundlehren der heiligen Schrift und des Christentums missbrauche. Er habe "bei fortgesetzter Renitenz unfehlbar unangenehme Verfügungen zu gewärtigen" (Kant 1907/17, 6). In seiner Antwort betonte Kant, er habe sich als bloßer Philosoph nie in die Beurteilung der Bibel und des Christentums eingemischt und ergänzte, dass ihm "der Fehler aber, über die Grenzen einer vorhandenen Wissenschaft auszuschweifen, oder sie ineinander laufen zu lassen. mir, der ich ihn jederzeit gerügt und dawider gewarnt habe, am wenigsten wird vorgeworfen werden können" (1907/17, 7). Er habe sich nicht gegen bekannte landesväterliche Absichten vergangen oder gar der öffentlichen Landesreligion geschadet. So hat jede Bildung kritische und apologetische Auswirkungen. Gebildete untersuchen, ob humane Ideale und Wirklichkeit zusammenfallen können. Im Glauben daran unterstützen sie bestehende Zustände, doch zugleich mahnen sie Veränderungen im Hinblick auf eine effektivere und humanere Gestaltung der natürlichen, sozialen und mentalen Umwelt an.

Claudio Martelli, führender Politiker der Sozialistischen Partei Italiens, hebt die christliche Tradition der Aufklärung in der Diskussion zwischen dem Kardinal Martini und dem Schriftsteller Umberto Eco um christliche oder weltliche Ethik zum Thema "Woran glaubt, wer nicht glaubt?" hervor. Er meint: "Aber die Aufklärung ist nichts prinzipiell 'anderes' als das Christentum. ... Das Angriffsziel der Aufklärer ist die Ignoranz, denn die Ignoranz, besonders die an der Macht, ist eine permanente Bedrohung für die Menschheit. Die Aufklärer verfolgen ein politisches Ziel mit den Waffen der intellektuellen Kritik: ein gewisses Maß an größerer Freiheit, größere Toleranz der Meinungen und der Rechte aller, wirtschaftliche und juridische Reformen, Skrupel, Effizienz, Gerechtigkeit" (2000, 129f.). Für ihn ist christliche Ethik Liebe, die als Intuition des Herzens nicht bewiesen sondern in Taten bezeugt

sein will. Das weltliche Credo des christlichen Humanismus sei die Ethik der Toleranz und des Kompromisses. Doch als guter christlicher Aufklärer entdeckt er hinter den Werten die Mächte. Er fordert ein Abgehen von den nicht verhandelbaren, aus absoluten Prinzipien abgeleiteten Werten, und stellt die Aufgabe: "aus der Interaktion zwischen den historisch-gesellschaftlichen Bedingungen und dem menschlichen Bewußtsein das System der Werte abzuleiten, die Ordnung der Prioritäten, die diesen Werten zuzuweisen sind. sowie eine permanente Anpassung und Verfeinerung" (Martelli 2000, 141).

Wenn wir deshalb für eine neue Aufklärung eine Wertehierarchie unter den derzeitigen Bedingungen aufbauen, dann scheint mir an der Spitze die Erhaltung der menschlichen Gattung und ihrer natürlichen Lebensbedingungen im Frieden bei einer gesellschaftlichem Entwicklung zu stehen, die auf Freiheitsgewinn aller Glieder der Gesellschaft gerichtet ist, also in der Bildung vor allem die Individualität berücksichtigt. Dazu können Humankriterien aus dem Wesen der Menschen und den gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt werden (Hörz 1994, 224ff.). Aufklärung als Teil der Bildung muss sich so mit den zu vermittelnden Bildungsinhalten, eben dem Weltwissen, und den humanen Werten befassen, da sich aus dem Wissen nicht einfach schon gesellschaftliche Werte ergeben. Sie sind Bedeutungsrelationen von Sachverhalten für das Individuum, die Nützlichkeit, Sittlichkeit und Schönheit umfassen. Diese Aspekte werden unter konkret-historischen Bedingungen immer neu durch Tradition, Lebensweise und Zukunftsvisionen geprägt. Darauf aufbauende Normen sind Wertmaßstab und Verhaltensregulator.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine neue Aufklärung

Auf die wachsende Protestwelle gegen die Bildungsmisere habe ich schon verwiesen. Den neuen Bildungsanforderungen kann man nur gerecht werden, wenn Wissenschaft gefördert, Forschung ausreichend finanziert, Lehrerausbildung überprüft, neue Lehrinhalte bestimmt und die Ausstattung der Schulen modernisiert werden. Doch schon am Beginn der Kette hapert es. Verschiedene Indizien zeigen das. Im Juni 2003 beklagten sich die mit öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtungen der Bundesrepublik über eine falsche und kurzsichtige Sparpolitik. In einer Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, dazu gehören die Fraunhofer-Gesellschaft, die Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, die Max-Planck-Gesellschaft, die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz und die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften mit etwa

50.000 in Forschung und Entwicklung Beschäftigten, wird festgestellt, dass durch die Regierungen des Bundes und der Länder die Zukunftschancen der Forschung in Deutschland gefährdet werden. Beklagt werden Zentralisierung und Bürokratisierung, die Bewertung mit forschungsfremden Kriterien und fehlendes Vertrauen, was ein Klima schaffe, in dem Kreativität und Leistungsfähigkeit nicht gedeihen können. Es wird befürchtet, dass die Regierungen diese kurzsichtige, unverantwortliche Politik in den nächsten Jahren fortsetzen werden. Tatsächlich gibt es kaum Aussichten, beim derzeitigen konzeptionslosen Sparen, Wissenschaft, Kultur und Bildung als Zukunftsinvestitionen zu fördern.

Inzwischen hat die von den Ministerinnen für Forschung und Justiz begonnene Debatte um Entflechtung der von Bund und Ländern getragenen Forschungsförderung mit dem Ziel, sie zu kürzen, Protest hervorgerufen. Auf der Jahrestagung der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz, also der von Bund und Ländern geförderten Einrichtungen, der früheren Blaue-Liste-Institute, im November 2003 machte deren Präsident Hans-Olaf Henkel geltend, dass die Forschungsförderung nicht zu den reformbedürftigen Teilen des deutschen Föderalismus gehöre. Behinderungen der Wissenschaft, wie sie grüne Gentechnik und Kerntechnik erfahren haben, seien "keine Folgen unklarer Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern, sondern eher die Folgen klar formulierter Ideologien" (Stäudner 2003, 17). Man darf gespannt sein, wie sich die vom Bundestag am 16.10.2003 eingesetzte Kommission "zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung" Ende 2004 zur Rolle des Föderalismus für Bildung und Wissenschaft positionieren wird. Einer der Kommissionsvorsitzenden, der bayrische Ministerpräsident Stoiber, betonte, dass die erwogene Abkehr von der gemeinsamen Forschungsförderung, verteidigt vom Staatssekretär Wolf-Dieter Dudenhausen, ein falscher Weg sei. (Stäudner 2003, 17) So können durch populistisch verbrämte Alternativen, wie Bund-Länder-Förderung ja oder nein, Blockaden gegen eine notwendige Strukturreform des Föderalismus in seinen die Bildung hemmenden Faktoren errichtet werden, die eine vorurteilsfreie Behandlung des Problems verhindern.

Hentig schrieb nach PISA-Studie und vielem Gerede über Bildung: "In schwierigen Zeiten nimmt das bildungspolitische Geröll zu. Von dem Gepolter haben die Einrichtungen nichts, und auch nicht von den zahlreichen Einzelvorschlägen zu ihrer "Förderung", solange es keine Einigung über ihren Auftrag gibt: "Bildung" und "Wissenschaft" jedenfalls kommen, wo die Parteien über sie reden, nur als Wörter vor" (2003a, 16). Der Streit um Wörter ist tatsächlich voll entbrannt. Nehmen wir einige Beispiele dafür.

Bildung und Wissenschaft werden als Zukunftspotenziale bezeichnet. Für sie sollen einige Prozentpunkte mehr vom Bruttosozialprodukt ausgegeben werden. Doch was ist damit z.B. über die tatsächliche Förderung zukunftsweisender Technologien ausgesagt. Neue Technologien fordern gegenwärtig den Übergang von einer bestimmten Arbeits- und Lebensweise zu einer qualitativ neuen heraus. Dieser Übergang, in dem wir uns befinden, wird von manchen Theoretikern als der vom Fordismus, dem durch Henry Ford geprägten Kapitalismus mit der Massenproduktion und der sozialen Förderung der Arbeiter, auch im Sinne des von Bismarck angeregten Sozialstaats, zum Postfordismus mit dem globalisierten Kapitalfluss unter reinen Marktbedingungen oder von der Disziplin- zur Kontrollgesellschaft bezeichnet, da die disziplinierte Unterordnung unter das Fordsche Fließbandsystem durch Autonomie der Individuen im Arbeitsprozess ersetzt werde, was durch umfangreiche Kontrolle und die Forderung nach Selbstkontrolle kompensiert werde, wie es etwa das 360-feedbacksystem oder die Rundumbewertung darstellt. Wesentliche Grundelemente des Übergangs sind die Änderungen im Charakter der Arbeit, der statt alleiniger Disziplin vor allem Flexibilität von den Arbeitenden verlangt, Privatisierung von Staatsaufgaben mit dem Abbau des Sozialstaats, Globalisierung der Produktion und Märkte bei vorwiegend noch national orientierter Politik, Existenzangst und Krisenerwartung als Begleiterscheinungen des Übergangs mit der Frage: Was kommt noch auf uns zu? Es sind zwei Reaktionsstrategien möglich: 1. Sparen mit verminderter Kaufkraft, um die Haushalte zu sanieren, was mit Einschränkungen der Wissenschafts- und Bildungsförderung verbunden ist. 2. Eine umfassende Strukturreform mit konjunkturfördernden staatlichen Maßnahmen, neuen Arbeitsplätzen und der Förderung von Wissenschaft und Bildung, was Langzeitwirkung verspricht. Geredet wird so, als ob das zweite gewollt werde, doch praktisch wird das erste getan.

Ein weiteres Stichwort sind die "Eliteuniversitäten". Nach dem Motto: Was von den USA kommt, ist für Deutschland ausgezeichnet, wird eine Worthülse benutzt, deren Inhalt nur schwer zu bestimmen ist. Das Ankleben eines neuen Etiketts an die Verpackung verändert die schlechte Qualität der Ware nicht. Nun geht der Streit um Breitenbildung, fachgerechte Ausbildung, Entwicklung von Eliten usw. Doch das große Problem, dass Universitäten auch Verschiebebahnhöfe für Arbeitslose sind, dass die Mittel nicht ausreichen, um modernste Geräte anzuschaffen, die Literatur nicht bezahlt werden kann usw. treten hinters Schlagwort zurück. Der politische Kampf um die besten Wörter verdrängt das Problembewusstsein. So scheinen Studienge-

bühren den Sparpolitikern der richtige Weg zu sein. Doch wohin fließt das Geld? Ist das vorhandene Geld richtig eingesetzt? Was soll mit Hochschulbildung erreicht werden? Die Kernfragen werden m.E. verdrängt.

Nehmen wir ein anderes Thema der klassischen Aufklärung, die Religionsfreiheit. Seit der französischen Revolution gibt es die Trennung von Kirche und Staat. Gibt es sie wirklich? Als Brandenburg sein LER-Programm auflegte hatte es mit dem Widerstand der Kirchen und anderer Bundesländer zu tun. Bayern hält sich nicht an das Kruzifix-Urteil. In anderen Alt-Bundesländern gibt es Probleme, wenn ein Kind vor der Einschulung den Gottesdienst nicht besuchen will. Da spaltet der Kopftuchstreit sogar führende Mitglieder einer Partei. In der französischen Tradition fordert Präsident Jacques Chirac, aus öffentlichen Einrichtungen, auch aus den Schulen, religiöse Symbole generell zu entfernen. Bundespräsident Johannes Rau äußert sich ähnlich und schon steht er in der Kritik. Der Bundestagspräsident und die Vorsitzenden der evangelischen und katholischen Kirchengemeinschaften singen das Lob des Kreuzes, das im Unterschied zum Kopftuch, kein Symbol der Unterdrückung sei. Wenn nun die Schüler etwas über die ökonomischen Hintergründe von Kreuzzügen erfahren, Urteile der Inquisition kennen lernen, die Auswirkungen der Missionierung nicht-christlicher Völker und Länder studieren, werden sie das Kreuzsymbol anders kennen lernen. US-Präsident G. W. Bush tritt mit allen seinen Forderungen im Namen Gottes auf, so dass sich Michael Moore im Namen Gottes ironisch dagegen verwahrt, einen neuen Stellvertreter auf Erden zu haben.

Ist es ein Ausdruck für die hohe Bildung im Land der Dichter und Denker, wenn eine Umfrage nach dem besten Deutschen, ein Sammelsurium von Politikern, Popstars und vielleicht auch von Geistesheroen aus Wissenschaft und Kunst ergibt, die man in den Massenmedien ja auch nur unterrepräsentiert findet? Vertreter überlebter Fürstenhäuser und ihre Skandale sind da im Deutschland langer monarchistischer Traditionen mehr Nachrichten wert.

Der Philosoph Peter Sloterdijk verweist "auf die Gewaltwelle, die z. Zt. in der ganzen westlichen Welt in die Schulen einbricht, insbesondere in den USA, wo Lehrer damit beginnen, Schutzsysteme gegen Schüler aufzubauen. So wie in der Antike das Buch den Kampf gegen das Theater verlor, so könnte heute die Schule den Kampf gegen die indirekten Bildungsgewalten, das Fernsehen, das Gewaltkino und andere Enthemmungsmedien, verlieren, wenn nicht eine neue gewaltdämpfende Kultivierungsstruktur entsteht" (2001, 329f.).

Die Indizien für einen Kulturverfall sind eindeutig. Kann ihnen Bildung entgegentreten. Sicher nicht allein. Die Politik ist gefordert. Doch sie reagiert nahezu ohnmächtig. Bei allem kurz- und mittelfristigen Pessimismus bleibt ein theoretischer Optimismus, der sich auf die historische Tatsache besinnt, dass Menschen Krisen bewältigen können. Dazu sind Konzepte auszuarbeiten. Voraussetzung dafür ist umfassende Bildung. Deshalb ist eine Analyse der neuen Bildungsherausforderungen wichtig.

Neue Bildungsherausforderungen

Eine der wichtigsten Herausforderungen ist mit dem schon erwähnten Übergang zu einer neuen Produktionsweise verbunden. Neue Lerninhalte, neue Verhaltensstrategien, neue Werte bilden sich heraus, Widersprüchlichkeit zu beachten ist. Es wird von wachsender Autonomie der Menschen im Arbeitsprozess gesprochen, mit Auswirkungen auf die Politik in der Forderung nach einer qualitativ neuen Demokratie. Die Menschen treten immer mehr aus dem Fertigungsprozess materieller Güter heraus und übernehmen Überwachungs-, Steuerungs- und Reglungsfunktionen von Über-wachungs-, Steuerungs- und Regelungsprozessen. Die Revolution der Denkzeuge geht weiter. Arbeit mit dem Computer ist alltäglich geworden. Menschen werden mit der Gentechnik zu regulierbaren Artefakten. Für die dadurch bestimmte neue Arbeits- und Lebensweise sind, wie schon betont, Humankriterien zu bestimmen, die Grundlage für die Wertevermittlung im Unterricht sein könnten, wenn sie denn diskutiert würden. Zu ihnen gehören die gesellschaftliche Garantie einer sinnvollen Betätigung aller Glieder der Gesellschaft, Möglichkeiten zur persönlichkeitsfördernden Kommunikation, Befriedigung materieller und kultureller Grundbedürfnisse jedes Individuums, Überwindung von Hunger, Analphabetentum, Obdachlosigkeit, Entfaltung individueller spezifischer Kompetenzen, die Integration Behinderter und Hilfe für Ausgegrenzte und sozial Schwache (Hörz 2001, 2002, 2003a, 2003b).

Die Lehrer-Schüler-Beziehung ist nicht mehr in erster Linie dazu da, die Kluft zwischen Informierten und Nicht-Informierten durch die Vermittlung von Wissen zu schließen. An manchen Stellen wissen Lehrer weniger als ihre durch das Internet informierten Schüler. In der Ausbildung sollten Lehrer besser auf ihre Aufgaben als Bildungsmoderatoren und weniger als Ausbilder vorbereitet werden, damit individuelle Kreativität gefördert, sittliche Reife erreicht und spezifische Bildungsmöglichkeiten auf der Basis wichtiger Wissenselemente als Grundbildung angeboten werden. Kompetente Gebildete statt mit Wissensattesten versehene Kenner prüfbaren Wissens könnten dann

von der Schule und anderen Bildungseinrichtungen kommen. Motivation zur Bildung ist wichtig. Es gibt Schüler, die nicht lernen wollen. Interessanterweise entwickeln einige Bundesländer mit großem Aufwand Hilfsprogramme für Schulschwänzer, um ihnen Geschmack am Erwerb von Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln. Zugleich werden Maßnahmen zur Jugendförderung eingestellt.

Globalisierung und Föderalismus widersprechen sich in Deutschland. Die bei der Gründung des Deutschen Reiches 1871 von Bayern angemahnte Selbständigkeit der Länder steht für Bildung und Wissenschaft manchen notwendigen Reformen im Weg. Wir brauchen nicht nur einheitliche sondern auch qualitativ hochwertige Standards, mit denen ein Grundwissen über Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte und Kultur gesichert wird und die für die Länder vergleichbar sind. Sie sollten Rahmenbedingungen für die Bildung sein, die spezifisch dadurch erfolgen kann, dass Bildungsangebote unterbreitet werden.

Die Trennung von Kirche und Staat fordert direkt dazu heraus, vergleichende Kultur- und Religionsgeschichte zu lehren, um auch hier den historisch entstandenen Europazentrismus und die oft gepflegte Provinzialität zu überwinden. Die sprachlich zugespitzte Alternative in der Greeencard-Diskussion um Informatikspezialisten "Kinder statt Inder" zeigte einerseits die Bildungsmisere, da der Nachwuchs für wichtige Bereiche fehlte und aus dem Ausland geholt werden sollte, wies jedoch andererseits auf nationale Borniertheiten hin, die verschärft zur Ausländerfeindlichkeit hinführen können. Der französische Philosoph Jacques Ranciére macht darauf aufmerksam, dass wir zwar in einer offiziell konsensuellen Gesellschaft leben, in der alle gleich sein sollen und für die das Ende des Klassenkonflikt erklärt wurde, doch dass hier die Naivität des Anti-Utopismus offensichtlich werde, denn das brutale Wiedererscheinen von sozialen Konflikten zeige sich etwa in der Spaltung des früheren Arbeiters, der einerseits als Einwanderer zum gehassten Fremden wird und andererseits als Landeseinwohner zum Rassisten (2002, 127f.).

Eine völlig neue Situation entstand durch Herausbildung einer Weltmacht, den USA, die Präventivkriege unter vorgegebenen Gründen aus Macht- und Rohstoffinteressen führen. Es war wichtig, wie Schüler sich gegen den Irakkrieg wandten. Sie wissen schon einiges über Schein und Wirklichkeit von Alibiwörtern wie Kampf gegen den Terrorismus und Einhaltung der Menschenrechte als Begründung für kriegerische Handlungen und über die Manipulierung von Meinungen. Doch die Aufklärung darüber muss weitergehen.

Was leistet die neue Aufklärung?

Ein wichtiges Problem, zu dessen Lösung die neue Aufklärung beitragen könnte, ist der von manchen hervorgehobene Kampf der Kulturen. Zivilisation orientiert auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt, Kultur auf Freiheitsgewinn der Individuen, auf die Erhaltung von Lebensformen, von Sprache, Kunst, Ritualen und moralischen Haltungen, die den Glücksanspruch der Individuen einer ethnischen Einheit bestimmen. Die Universalität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts steht im Widerspruch zur Pluralität soziokultureller Identitäten. Deshalb hat Wissenschaft nicht nur zur effektiven Produktion materieller Güter, zu neuen Erkenntnissen und ihrer Vermittlung bei der Bildung beizutragen, sondern auch zur Humanisierung von Strukturen sozialer Systeme. So geht es um Strategien zur Gestaltung der Zukunft mit neuen Technologien ohne kulturellen Identitätsverlust. Das hebt den Streit zwischen Traditionalisten und Modernisten nicht auf. Sie ringen um das, was erhaltenswert ist und was für die Zivilisation an Kultur erhalten oder preisgegeben werden kann und muss. Bildet sich nun neben dem Weltwissen eine neue Weltkultur heraus? Wenn ja, dann kann sie nur durch ganz allgemeine humane Werte bestimmt sein, die differenziert für soziokulturelle Identitäten weiter existieren werden. Grundlagen dafür könnten Menschenrechte, Solidarität, Religionsfreiheit, Toleranz und vor allem die erwähnten allgemeinen Humankriterien sein.

Die patriarchalische Ausrichtung der klassischen Aufklärung ist zu überwinden. Obwohl wieder alte Rollenklischees für die Geschlechter, gefördert durch Massenmedien, bedient, werden, wobei die 3 K für die Frauen, Kirche, Küche, Kinder, neu präsentiert werden. Da man Schönheit und Klugheit nicht mehr geschlechterspezifisch verteilen will, sieht man in den Medien auch schöne, nicht gerade intelligente Männer und spricht intelligenten Frauen oft die Weiblichkeit ab. In einem Spot fragt eine Intelligenzbestie ohne Charme nach der Betätigung einer Leiterin des kleinen Familienunternehmens, wobei der Bonus der hübschen Mutter zukommt. Man könnte weitere Beispiele für unterschwellige Diskriminierung finden. Eine neue Aufklärung kann Geschlechts-, Rassen-, Status- und Bildungsdifferenzen zwar nicht negieren, doch sie sollte, entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz der klassischen Aufklärung, das Menschsein in den Vordergrund stellen und die Differenzen erklären.

Neue Aufklärung kann nicht nur Wissensvermittlung sondern sollte Wertebildung sein. Was ist mit der Kultur des Umgangs? Wo lernt man Respekt vor dem anderen? Wie überwindet man egozentrische Neigungen? Wie er-

lernt man Höflichkeit im Umgang? Wer vermittelt die Achtung vor den Leistungen Älterer? Manche Politiker beschwören den Generationskonflikt direkt herauf, da Pflege älterer Kranker nicht der jungen Generation angelastet werden könne, als ob sie nicht selbst lange die Betreuung der Eltern brauchten.

Als Fazit können wir festhalten: Eine neue Aufklärung ist erforderlich, die mit Einseitigkeiten der klassischen Aufklärung bricht, mit dem christlichen Universalismus, mit der Trennung von Bürgerpflicht und Menschenrechten, mit der unterschwelligen Diffamierung von Frauen und sozial Schwachen und mit der Auffassung, Wissensvermittlung vertreibe allein Unmündigkeit und soziale Missstände. Die Erkenntnis, wenn die Umstände die Menschen formen, dann sind die Umstände menschlich zu gestalten, gilt weiter. Doch ohne weitere Aufklärung durch umfassende Bildung verstärkt sich die Krise des Wissens, die Missachtung kreativer Leistungen gegenüber populistischen Volksbelustigungen, die Sucht auf Sensationen, statt wissenschaftlicher Einsicht. Soziale Werte, die einer zukünftigen Weltkultur mit Humankriterien entsprechen, können nur vermittelt werden, wenn Bildung sich gegen die Diskriminierung von Gruppen und Personen aus kulturellen, rassischen, sozialen und sexistischen Gründen wendet. Die Grenzen des Föderalismus sind in Deutschland aufzudecken. Statt des Geredes um kleine Reförmchen wäre eine prinzipielle Bildungsreform mit dem Abschneiden aller traditionellen Zöpfe unter Bewahrung des humanen Bildungsguts erforderlich.